

# Eine Chance für das Klima und die Wirtschaft Graubündens

# W

Wir im Kanton Graubünden verbrauchen jährlich gut 400 000 Tonnen fossile Energieträger und verursachen damit rund 1,3 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. DAS IST NICHT GUT FÜR DAS KLIMA UND STÖRT MICH IN MEINER FUNKTION ALS UMWELTMINISTER. FÜR DIE FOSSILEN ENERGIETRÄGER – VOR ALLEM ÖL, DIESEL, BENZIN UND ERDGAS – GEBEN WIR BÜNDNERINNEN UND BÜNDNER JÄHRLICH 400 MILLIONEN FRANKEN AUS. VON DIESEM GELD FLIESSEN DEUTLICH MEHR ALS 200 MILLIONEN FRANKEN AN AUSLÄNDISCHE KONZERNE UND ÖLFÖRDERLÄNDER AB. DIESE GELDER SIND HEUTE FÜR DIE BÜNDNER VOLKSWIRTSCHAFT VERLOREN. ALS FRÜHERER WIRTSCHAFTSMINISTER STÖRT MICH DAS EBENSO.

Wir wissen längst, was wir tun müssen: Besser uns mit Bündner Strom im öffentlichen Verkehr oder im Elektrofahrzeug oder mit wasserstoffbetriebenen Lkws fortbewegen, als Benzin und Diesel zu verbrennen. Besser mit Umweltwärme heizen als mit Öl oder Erdgas und energetische Gebäudesanierungen und Effizienzsteigerungen im Haustechnikbereich vorantreiben. Diese Umstellungen und Massnahmen laufen teilweise bereits. Ein gutes Beispiel ist das vor acht Jahren lancierte «Leuchtturmprojekt – energieeffiziente Hotels Graubünden». Dieses preisgekrönte Projekt von Hotelleriesuisse Graubünden hat Pioniercharakter und ist erfolgreich unterwegs. Wir müssen aber in Graubünden noch mehr und viel schneller umsetzen, um die Klimaziele von Paris zu erreichen. Und genau dort setzt der Aktionsplan «Green Deal für Graubünden» an, der aus einem Auftrag aus dem Grossen Rat hervorging. Dieser Auftrag verlangt, dass der Abschied von den fossilen Energieträgern und den CO<sub>2</sub>-Emissionen so stark beschleunigt wird, wie es zur Einhaltung der genannten Klimaziele erforderlich ist.

Ich habe mit grossem Engagement in der Oktobersession des Grossen Rates die Botschaft der Regierung zum Aktionsplan «Green Deal für Graubünden» vertreten, weil dieser Plan eine grosse Chance für Graubünden bietet. Wir können nämlich nicht nur unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten, sondern auch als Volkswirtschaft profitieren. Wir haben die Chance, die heute mehr als 200 Millionen Franken statt für Erdöl und Erdgas für erneuerbare Energieträger wie Strom oder erneuerbare Gase aus Graubünden einzusetzen.

Damit sind zwei Vorteile verbunden: Erstens kann jeder im eigenen Kanton ausgegebene Franken im Kanton mehrmals ausgegeben werden, also mehrmals Wertschöpfung generieren. Zweitens wird die Umstellung auf erneuerbare Energieträger es der einheimischen Wirtschaft erlauben, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, zum Beispiel für das Anbringen von Wärmeisolationen bei den Gebäuden, die Installation neuer Heizanlagen, Solaranlagen, Ladestationen für Elektrofahrzeuge und Tankstellen für Wasserstoff. Da Klimaschutz immer wichtiger wird, können so mehr junge Menschen handwerkliche und gewerbliche Berufe mit besseren Zukunftsperspektiven erlernen und ausüben. Ich bin sehr zufrieden damit, dass der Grosse Rat den Anträgen der Regierung und seiner Vorbereitungskommission in den wichtigsten Punkten gefolgt ist. Er hat einen Verpflichtungskredit über insgesamt 67 Millionen Franken für Sofortmassnahmen zur Verfügung gestellt. Damit können in den nächsten vier Jahren die zusätzlichen Anreize für die Umstellung bei Gebäuden und im Verkehr gesetzt und auch Klimaschutzmassnahmen in der Landwirtschaft umgesetzt werden. Diese Umstellungen sind eine Chance für das Bau- und Baunebengewerbe und auch für Berufe im Zusammenhang mit dem Verkehr.

Aber nicht nur das: Der Grosse Rat hat auf Antrag der Regierung auch die Leitlinien für die Ausarbeitung der zweiten Etappe dieses Plans festgelegt. Die Phase II umfasst nicht nur eine Weiterführung der Massnahmen der ersten Phase, sondern sie schafft die rechtlichen Grundlagen der weiteren Finanzierung und ermöglicht Massnahmen in anderen Politikbereichen. Industrielle Prozesse müssen nachhaltiger und klimafreundlicher gestaltet werden, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren oder die Stoffkreisläufe zu schliessen. Die Kreislaufwirtschaft muss in verschiedenen Bereichen vorangetrieben werden. Das fördert Innovationen und kann der Industrie und auch im Tourismus neue Chancen eröffnen, in zukunftsfähige Geschäftsfelder einzusteigen.



«Der Aktionsplan setzt nicht auf Verbote oder Gebote, sondern auf Anreize.»

Der «Aktionsplan Green Deal» entspricht den Grundanforderungen für eine liberale Klimapolitik: Er setzt vor allem auf Effektivität, Effizienz, Technologieneutralität und Verursachergerechtigkeit. So hat es beispielsweise Avenir Suisse in ihrem Buch «Wege zu einer liberalen Klimapolitik» vorgezeichnet. Und wir werden den Aktionsplan so weiterentwickeln, dass wir schon möglichst viel mit den Finanzreserven des Kantons anstossen können und Abgaben möglichst zurückhaltend und Steuererhöhungen nur als Ultima Ratio einsetzen. Der Bündner Aktionsplan setzt nicht auf Verbote oder Gebote, sondern auf Anreize. Er ist kein links-grüner Umverteilungsplan, sondern ein gut bürgerliches Impulsprogramm für die einheimische Wirtschaft, das einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Ich freue mich darauf, die Ausgestaltung dieses Plans weiter begleiten zu dürfen, und danke allen für ihre Beiträge zum Klimaschutz.

.....

JON DOMENIC PAROLINI ist Regierungsrat und Vorsteher des Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartements.